

**Universitätsstadt Tübingen**  
Fachabteilung Hochbau  
Bickelmann, Rolf Telefon: 07071 204-2381  
Zentrale Vergabestelle  
Reiss-Gerwig, Daniel Telefon 07071 204-2641  
Gesch. Z.: 023-2021-002/

Vorlage 154/2021  
Datum 08.07.2021

## Beschlussvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung**

---

**Betreff:** Radstation Europaplatz; Holzbau- und Dachabdichtungsarbeiten - Aufhebung der Ausschreibung mit Vergabeermächtigung

**Bezug:** Vorlage 199/2020

Anlagen:

---

## Beschlussantrag:

1. Die Ausschreibung für Holzbau- und Dachabdichtungsarbeiten wird aufgehoben und mit veränderten Rahmenbedingungen neu ausgeschrieben.
2. Da eine Vergabe dann voraussichtlich in der Sitzungspause liegt, wird die Verwaltung ermächtigt, die Arbeiten im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu vergeben.

## Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Der Baubeschluss für den Neubau Radstation Europaplatz wurde am 26.11.2020 vom Gemeinderat gefasst (s. Vorlage 199/2020). Der jetzige Beschluss umfasst die Vergabe der Holzbau- und Dachabdichtungsarbeiten.

## 2. Sachstand

Entsprechend den Vergaberichtlinien wurde die Maßnahme EU-weit im nichtoffenen Verfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmeverfahren ausgeschrieben. Innerhalb der Angebotsfrist ist lediglich ein Angebot über eine Summe von 1.420.607,13 € brutto eingegangen. Es liegt rd. 620.000 € und damit um 78 % über dem Schätzpreis von rd. 800.000.

Der Schätzpreis, der bereits rd. 25% über der Kostenberechnungssumme von rd. 642.000 Euro lag, berücksichtigt dabei auch die aktuell angespannte Marktlage. Dem Architekturbüro liegen Submissionsergebnisse von Anfang Mai/Anfang Juni vor, die sich im Rahmen der nach gleicher Methodik entwickelten Schätzpreise bewegen.

Bei den Bietern, die einen Teilnahmeantrag aber kein Angebot abgegeben haben, wurde telefonisch nachgefasst. Dabei wurden drei Bereiche in der Ausschreibung als kritisch angesehen:

- Die aktuelle Lage am Materialmarkt erschwert die Kalkulation.
- Aufgrund der Terminlage und der vorhandenen Kapazitäten haben verschiedene Unternehmen doch Abstand von einer Angebotsabgabe genommen.
- Der Aufwand in der Koordination der in der Ausschreibung mit erfassten Fremdgewerke wurde vereinzelt als zu hoch bewertet.

## 3. Vorschlag der Verwaltung

Aufgrund des weit überhöhten Gesamtpreises schlägt die Verwaltung vor, das Angebot nach § 16d Abs. 1 Nr. 1 EU VOB/A auszuschließen. Danach ist der Angebotspreis als unangemessen hoch einzustufen, da er mehr als 20% über der ordnungsgemäß erstellten Kostenberechnung liegt. Gleichzeitig soll die Ausschreibung nach § 17 Abs. 1 Nr. 1 EU VOB/A aufgehoben werden.

Es ist vorgesehen, die Arbeiten gewerkeweise in einzelne Ausschreibungen aufzuteilen und mit aktualisierten Terminen (längere Bearbeitungs- und Planungszeit, späterer Baubeginn) erneut auszuschreiben.

Sofern dadurch - auch in Anbetracht der aktuellen Marktsituation - angemessene Angebote erzielt werden können und die Vergabe in der Sitzungspause liegt, wird zudem eine Vergabeermächtigung beantragt, um möglichst zeitnah Aufträge erteilen zu können.

## 4. Lösungsvarianten

Der Auftrag wird trotz des hohen Angebotspreises erteilt. Hierfür müssten dann zusätzliche Haushaltsmittel von rd. 780.000 € bereitgestellt werden.

## 5. Ergänzende Informationen